

7 | 2026

Das Magazin für die
Deutsche Steuer-Gewerkschaft

DSTG

steuer

ZUKUNFTSLABOR STEUERN

Die Innovations-
werkstatt im
Schnellverfahren

S. 17

**EXKLUSIVE
AUSZÜGE**

Das fordern
Beschäftigte &
Bürger
S. 8

**ST
J
E
EU
ERT
TN**

DOPPELSTUDIE „STEUERN JETZT!“

Das Reformmandat ist da

7 | 2026

BESCHLUSSREIF

ZWEI STUDIEN, EIN BEFUND: BÜRGERINNEN, BÜRGER UND BESCHÄFTIGTE WOLLEN DASSELBE. ES FEHLT NUR DIE ENTSCHEIDUNG.

Liebe Leserin, lieber Leser,

als wir diese Studie in den Druck gaben, lag Deutschland bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung auf Rang 21 von 27. Seit dem 3. August liegt es auf Rang 22. Die Zahl im Heft ist nicht falsch. Sie ist überholt. So schnell verliert ein Land Boden, während es noch über den ersten Schritt berät.

An der Spitze stehen Malta, Estland und Finnland. Keines dieser Länder hat mehr Einwohner als Nordrhein-Westfalen. Größe ist keine Erklärung.

Dagegen steht ein Befund, den es so noch nicht gab. Wir haben 1.022 Bürgerinnen und Bürger befragt und 9.227 Beschäftigte der Steuerverwaltung. Beide Gruppen begegnen einander sonst mit Misstrauen. Diesmal antworten sie gleich: weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung, konsequentere Verfolgung von Steuerbetrug. Das ist kein Umfrageergebnis. Das ist ein Mandat.

Und trotzdem geschieht zu wenig. Neun von zehn Beschäftigten kennen keine Strategie gegen den Personalmangel oder nur eine vage. Das ist kein Motivationsproblem der Ämter, sondern eine Lücke auf der politischen Ebene. Vision ist in der Führungslehre kein Pathos, sondern Handwerk: ein Ziel, ein Weg dorthin, überprüfbare Schritte. Genau daran fehlt es.

Wer nicht plant, verwaltet das Alte. 65 Prozent des KONSENS-Budgets fließen in die Wartung von Altverfahren. Zwei Drittel des Geldes halten die Vergangenheit am Leben.

„Während sie KI zur systematischen Abzocke nutzen, arbeiten wir mit Programmen aus dem letzten Jahrtausend.“ – Aus der DSTG-Beschäftigtenumfrage 2025

Dieser Satz steht in unserer Beschäftigtenumfrage – und er sagt alles. Wer Finanzkriminalität bekämpfen soll, braucht Daten, Analyse und Tempo. Wer stattdessen Massenfälle von Hand prüft, verliert beides: die Zeit und die Fälle.



Deshalb entscheidet sich in diesem Jahr mehr, als die Debatte vermuten lässt. Der Tarif wird angepasst, das ist Rechenarbeit. Die eigentliche Reform kann das Steuervereinfachungsgesetz werden. Es soll bis Ende 2026 im Bundestag stehen. Wir messen es an einer Frage: Wie viele Steuererklärungen macht es überflüssig? Nicht: Wie viele Zeilen streicht es? Allein eine Abzugsteuer auf Renten würde bis zu 4,4 Millionen Erklärungsfälle erübrigen.

Wir liefern dazu mehr als Forderungen. Die Konzepte liegen vor, geprüft von unabhängigen Fachleuten aus Verwaltung, Beratung, Wirtschaft und Wissenschaft. Das Zukunftslabor Finanzverwaltung steht im Aktionsplan der Bundesregierung. Das ist ein Anfang, kein Ergebnis. Ein Labor, das nur auf dem Papier steht, verändert nichts. Es braucht Mittel, Fachleute zu marktgerechten Bedingungen und Prototypen in Monaten statt in Jahren.

Vereinfachung ist kein Komfort. Ein Gesetz, das nur beherrscht, wer beraten wird, verteilt Lasten nach Kenntnis statt nach Leistungsfähigkeit. Verständlichkeit schuldet der Gesetzgeber.

Deutschland kann bis 2035 über die modernste Finanzverwaltung Europas verfügen. Die Beschäftigten sind bereit. Die Bürgerinnen und Bürger sind es auch. Die Sache ist beschlussreif.

Mit kollegialen Grüßen

Florian Köbler,
Bundesvorsitzender